Nr. 174 XXVI. Jahrgang

Sonnabend, 29. Juni 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 28, 13 5 36, 13 5 37. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2040. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen:
Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte .. Pf., für auswärts .. Pf., die zweispaltige Reklamezeile M 1.50, mit Platzvorschrift M 1.— . Für Bilder- oder Kunstsatz 10 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresumsätzen Ermäßigung nach feststehenden Sätzen. Briefgebühr .. Pf. Auf diese Preise werden 10 % Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Bezugspreis:
Im Dresdner Bestellbezirk monatlich M 1.30, vierteljährlich M 3.90 frei Haus, durch unsre weiteren Ausgabestellen monatlich M 1.30, vierteljährlich M 3.90 frei Haus. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M 1.30, vierteljährl. M 3.90
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 1.45, „ „ 4.35
In Oesterreich-Ungarn:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. Kr. 2.15, vierteljährl. Kr. 6.45
B mit „Illustr. Neueste" „ 2.32, „ 6.96
Nach d. Auslande in Kreuzb. wöchentl. M 1.10. Einz.-Numm. 10 Pf.

Kräftiges Artilleriefeuer an der Aisne

Wieder 20000 Tonnen versenkt — Das Schicksal des Exzaren Nikolaus noch ungeklärt — Der Versailler Kriegsrat berät über die Intervention in Sibirien — Wichtige Beschlüsse der englischen Arbeiterpartei

Die Gerüchte über den Exzaren

Noch immer sind die Gerüchte über die Ermordung des früheren Zaren Nikolaus ungeklärt. Wie von zuständiger Stelle in Darmstadt mitgeteilt wird — die Zarin ist bekanntlich hessische Prinzessin —, scheint sich die Meldung von der Ermordung nach dort eingetroffenen Nachrichten nicht zu bestätigen. Anderseits wird berichtet, der großherzogliche Hof habe aus Moskau ein von Tschitscherin, dem Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, unterzeichnetes Telegramm erhalten, wonach der ehemalige Zar zwischen Jekaterinburg und Perm ermordet worden ist. Es wirft auf die zerrütteten Zustände in Rußland ein scharfes Licht, daß so bedeutsame Nachrichten wie die über den gewaltsamen Tod des Exzaren tagelang nicht überprüft werden können. Uns liegen noch folgende Privattelegramme vor:

s. Stockholm, 28. Juni. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Nach Petersburger Berichten schreibt die Petersburger „Prawda": Der Abtransport des Zaren aus Jekaterinburg erfolgte auf Beschluß des dortigen Sowjets, weil der Zar Vorbereitungen zu einer Flucht seit langem traf. Bei einem der Fluchtversuche büßten mehrere Diener des Zaren, ihre Absicht, den Zaren entweichen zu lassen, mit dem Tode. Die Fortschaffung des Zaren geschah durch bewährte Sowjettruppen unter Teilnahme eines Kommissars der Sowjets. Alle weiteren Vorgänge sind bis zur Stunde unbekannt.

g. Genf, 28. Juni. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Havas gibt eine Reuterdepesche wieder, wonach die Botschafter der Entente in Moskau den Befehl ihrer Regierungen erhielten, in einem Kollektivschritt bei der Bolschewikiregierung Aufklärung über die Gerüchte von einem Attentat auf den Exzaren zu fordern. — Die Londoner „Times" melden, der englische Botschafter in Moskau habe seit dem 15. d. M. keine Mitteilung über den Zaren mehr. Erhaltene Informationen des Botschafters ließen jedenfalls die Beunruhigung über den Zaren als berechtigt erscheinen, wenn auch die Gerüchte von einer Ermordung durch die Bolschewisten nicht bestätigt sind. — Das Pariser „Petit Journal" meldet aus London, man sei dort auch in Sorge über das Schicksal der Zarin. Seit einer drei Wochen alten Moskauer Meldung, daß die Zarin erkrankt sei, fehle bis heute jede weitere Nachricht.

Merkwürdig ist das hohe Interesse, das die Ententemächte noch immer an dem Schicksal Nikolaus Romanows und seiner Familie nehmen; sie beweisen es durch diplomatische Schritte. Das bestätigt wohl die Hoffnung dieser Mächte auf die Gegenrevolution und die Rückkehr Rußlands zum Monarchismus.

Die Intervention in Sibirien

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

a. Zürich, 28. Juni

Der „Secolo" meldet aus Paris: Die Frage einer Intervention der Alliierten in Ost-Rußland liege dem Kriegsrat der Alliierten in Versailles zur Beschlußfassung vor.

Mobilisierung in Moskau

(Privattelegramm)

+ Zürich, 28. Juni

Nach der „Neuen Zürcher Zeitung" meldet die Petersburger Telegraphen-Agentur: Laut einem am Sonnabend ergangenen Dekret werden in Moskau sämtliche Arbeiter der Altersklasse 1896/97 mobilisiert. Die Mobilisierten stehen unter dem Militärgesetz. Der Militärdienst wird sechs Monate dauern. Während dieser Zeit werden die Soldaten vom Staate unterhalten und bekommen denselben Sold wie die Soldaten der Roten Garde.

Die Moskauer Presse meldet: Im Gouvernement Wologda geht die Formierung der Militärkommissariate sehr langsam vor sich. Es herrscht großer Mangel an militärischen Spezialisten. Nach einem Befehl des Militärkommissariats des Moskauer Eisenbahnbezirks erstreckt sich die Einberufung auch auf die Eisenbahnbeamten. — Die Petersburger Telegraphenagentur meldet, daß die Organisierung der sozialistischen Armee in Kem gute Fortschritte macht. Die Zeitungen in Wologda bringen Aeußerungen der Verbandsvertreter in Wologda, daß die Sowjetregierung fester stehe, als sie anfangs angenommen haben. — Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphenagentur aus Taschkent ist in Buchara eine revolutionäre Bewegung im Gange.

Das Vordringen der Tschecho-Slowaken

Nach einer Meldung der Petersburger Telegr.-Agentur nahmen die Tschecho-Slowaken in der Richtung Ufa—Miaß eine Neugruppierung ihrer Streitkräfte vor. Die Sowjettruppen treffen Anstalten zur Verteidigung von Petrosawodsk. Eine tschecho-slowakische Abteilung bemächtigte sich des Bahnhofes von Nowo-Sergiewsk. Nach dem letzten Bericht des Oberbefehlshabers der Roten Garden an der Front Ural—Sibirien, Berzin, haben diese den Güterbahnhof Syzran an der Wolga und Rosbianka genommen.

Infanteriegefechte in einzelnen Abschnitten

× Großes Hauptquartier, 28. Juni. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Rege Tätigkeit der Engländer und Franzosen beiderseits der Somme. Auch in andern Abschnitten zwischen Oise und Marne nahm das Artilleriefeuer am Abend zu.

Heute früh steigerte sich das Feuer des Feindes beiderseits der Lys, zwischen Bailleul und Béthune und südlich der Aisne zu größerer Stärke.

Unsre Artillerie nahm den Kampf kräftig auf. In einzelnen Abschnitten haben sich Infanteriegefechte entwickelt.

Starker Fliegereinsatz führte zu heftigen Luftkämpfen. Unsre Flieger schossen gestern 25 feindliche Flugzeuge und einen Fesselballon, unsre Flugabwehrgeschütze fünf feindliche Flugzeuge ab.

Hauptmann Berthold errang seinen 37., Leutnant Löwenhardt seinen 29., Leutnant Rumey seinen 26. und 27. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Die Schuldfrage vor den Sowjets

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

g. Genf, 28. Juni

Die „Times" melden aus Moskau: Am Mittwoch abend hat der Sowjet eine Kommission eingesetzt, die die Schuldfrage am Kriege an Hand der Geheimakten und Staatsarchive untersuchen soll. Die Ergebnisse der Untersuchung sollen veröffentlicht werden. Im Laufe der Ermittelung sollen der Zar, die Zarin, General Suchomlinow und Großfürst Nikolajewitsch protokollarisch vernommen werden.

Kerenskij hetzt gegen Bolschewiki und Deutschland

Einem Vertreter der „Daily Chronicle" erklärte Kerenskij, daß nach seiner Ansicht die Verbündeten gegen die Bolschewiki Stellung nehmen sollten, da diese Feinde der russischen Demokratie seien. Die Bolschewiki fänden bei den Bauern nur wenig Unterstützung. Kerenskij tritt mit Nachdruck für eine Intervention der Alliierten in Rußland ein, was nach seiner Ansicht nicht zu verhindern brauche, daß Japan den größten Teil der Truppen stelle. Diese Intervention müsse rein militärischer Art und gegen Deutschland gerichtet sein, ohne sich in die innere russische Politik einzumischen.

Die Hungersnot in Petersburg

* Rotterdam, 28. Juni

Nach Meldungen aus Petersburg wurde dort bekanntgegeben, daß in den nächsten drei Tagen Brot und Kartoffeln nicht verabreicht werden. Die Bevölkerung muß von Dörrgemüse leben. Männer und Frauen sinken vielfach erschöpft auf der Straße nieder. Nach der „Nowoje Wjedomosti" suchen hungrige Bürger die Kehrichthaufen nach Abfällen ab. Alle Wertsachen, die nicht gestohlen wurden, wurden verpfändet, um Nahrung zu kaufen. Bewaffnete Arbeiter halten auf Befehl der Kommune Streifzüge in der Umgebung auf der Suche nach Getreide ab, wobei blutige Zusammenstöße mit den Bauern entstehen. Ein Zug mit Lebensmitteln wurde auf der nach Petersburg führenden Bahn geplündert und die Wachen getötet oder verwundet. Alle militärischen und politischen Vorkommnisse lassen die Menschen vollständig kalt, denn die wirtschaftlichen Zustände fesseln die ganze Aufmerksamkeit. Deutsche und Skandinavier kommen in großer Zahl nach Rußland, um aus diesen zerrütteten Zuständen für sich Kapital zu schlagen und um die englische Konkurrenz und den Wettbewerb der andern Verbündeten auszuschalten.

Neue U-Boots-Erfolge

× Berlin, 28. Juni. (Amtlich)

Das unter dem Kommando des Kapitänleutnants Jeß stehende U-Boot hat in der Irischen See und deren Zufahrtsstraßen drei besonders wertvolle Dampfer von je 5000 bis 6000 Br.-Reg.-T. versenkt. Zwei dieser Dampfer wurden aus starken nach England einlaufenden Geleitzügen herausgeschossen.

Im ganzen nach neueingegangenen Meldungen unsrer U-Boote: 20000 Br.-Reg.-T.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Wie ein U-Boot sehr nur in seltenen Fällen Namen und Ladung eines versenkten Schiffes feststellen kann, so ist es ihm infolge der zunehmenden feindlichen Gegenwirkung auch fast nie möglich, eine annähernde Schätzung der bei Vernichtung von feindlichen Truppentransporten eingetretenen Menschenverluste vorzunehmen. Kürzlich aber trieben in einer Nacht an der Küste von Tripolis die Leichen von 118 italienischen Soldaten an, die zweifellos mit einem versenkten Truppenschiff untergingen. Ueber die Verluste des in der Nacht vom 10. zum 11. Mai torpedierten französischen Truppentransportdampfers „Santa Anna" teilt jetzt Havas unter dem 21. Juni mit, daß von 2150 an Bord befindlichen Soldaten und eingeborenen Arbeitern nur 1813 gerettet wurden, der Verlust also 687 Mann beträgt.

Lord Curzon über den Völkerbund

Im englischen Oberhause sprach Lord Curzon, einer Reutermeldung zufolge, über die Frage und den Grundsatz des Völkerbundes und die Bildung eines Tribunals, dessen Anerkennung durch entsprechende Sanktion erzwungen werden könnte: „Ich kann keinen Grund sehen, warum wir nicht sogar noch während des Krieges einen Vorschlag erörtern sollten, der sofort nach dem Kriege zu verwirklichen wäre. Der Bund des britischen Reiches und der Bund der zwanzig bis fünfundzwanzig verbündeten Nationen, um den deutschen Militarismus zu brechen, existiert bereits und umfaßt gegen zwei Fünftel der Menschheit. Alle Pläne, die ich geprüft habe, kamen darin überein, daß ein oberster Gerichtshof da sein müsse, dem alle Parteien ihre Streitigkeiten vorlegen müßten, bevor sie Krieg beginnen. Ferner die Auferlegung eines Moratoriums oder eines Aufschubs, während dessen Feindseligkeiten nicht erwartet werden dürften, solange die Entscheidung noch schwebt, und daß jede Partei, die die Feindseligkeiten aufnimmt, als Angreifer betrachtet wird. Drittens, daß eine Sanktion (sanction) zur gewaltsamen Durchführung der Entscheidungen eines obersten Gerichtshofes notwendig ist. Diese Grundsätze sind nicht leicht anzuwenden. Wenn wir einen Weltgerichtshof haben, so ist es theoretisch selbstverständlich, daß der Bund alle Staaten einschließen muß; aber der Gedanke, daß Deutschland in einen solchen Bund aufgenommen wird, ist schwer zu denken. Ich wünsche, daß das Haus zunächst dem Grundsatze zustimmt, daß etwas geschehen muß, um Kriege zu verhindern oder, wenn das utopisch, die Zahl der Kriege einzuschränken und ihre Schrecken zu vermindern. Zu diesem Zwecke ist eine allgemeine Uebereinstimmung erforderlich. Wenn sie zu etwas führen soll, so müssen schließlich alle wichtigeren Staaten der Welt an ihr teilnehmen. Es wird gut sein, wenn wir uns nicht übereilen. Wir wollen versuchen, zu irgendeinem Bündnis oder einer Konferenz zu kommen, zu der diese Staaten gehören könnten. Keiner von diesen Staaten dürfte das Recht haben, Krieg zu beginnen ohne Vorlage des Streitfalles und Schiedsspruch. Wenn ein Staat diese Vereinbarung bricht, so würde er ipso facto sich im Kriege mit den andern Staaten befinden, und diese würden einander helfen, ohne daß irgendeine internationale Polizei zur Bestrafung der Vertragbrüchigen notwendig wäre. Die kleineren Staaten könnten dies durch wirtschaftlichen Druck und größere Staaten durch militärische und maritime Mittel tun. Wir sollten eine Gelegenheit zur Diskussion vorsehen, bevor ein Staat zu den Waffen greift. Jeder Staat, der es ablehnt, Streitfragen vor die Konferenz zu bringen, würde als moralisch vogelfrei anzusehen sein. Wenn einmal dieser Gedanke angefangen worden ist, so ist schon viel erreicht. Das sind die zur Zeit wünschenswerten Hauptlinien, auf denen die englische Regierung vorzugehen vorschlägt."

Die Darlegungen Lord Curzons sind also ziemlich klar: Der geplante Völkerbund, von dem Deutschland ausgeschlossen werden soll, ist, aller „humanen" Phrasen entkleidet, nichts andres als ein Bund zur Befestigung und Förderung des britischen Imperialismus mit dem weiteren einzigen Ziel, Deutschland, den lästigen Konkurrenten, überall aus dem Felde zu schlagen.

England wirbt um das neutrale Chile

(Privattelegramm)

+ Kopenhagen, 28. Juni

Die englische Admiralität hat Chile 20 vollständig ausgerüstete Flugzeuge geschenkt und sechs Unterseeboote, die in den Vereinigten Staaten für die englische Flotte gebaut worden sind. Chile soll dafür entschädigt werden, daß es 1914 zustimmte, England zwei Torpedojäger und ein Schlachtschiff, die in England im Bau waren, zu überlassen.

Unter schwerem deutschen Flachfeuer

× Berlin, 27. Juni

Am 26. Juni wurden Estrées-St.-Denis und Marany mit schwerstem deutschen Flachfeuer beschossen.

Friedrich Leopold und Kühlmann

Prinz Friedrich Leopold hat sich bei dem Urteil des Sondergerichts, das wiederum sich auf den Standpunkt des betagten Kgl. Preuß. Hausministers stellte, begreiflicherweise nicht beruhigt. So wird man mit der Gesamtheit des schadenfrohen Auslandes als Zuschauer die Wiederholung eines Prozesses erleben, der zweifellos nicht nur den monarchischen Gedanken schwer schädigt, sondern den Feinden wertvolles Futter gibt zur Nährung der Legende, in Preußen-Deutschland werde sogar ein Zollernprinz mundtot gemacht, der feine Mittel für Kulturgüter aufwende und Gefühl und Verständnis genug aufbringe, um sich mit dem Volk zu verstehen und wirklich populär zu sein. „Nicht einmal so viel idealer Demokratismus", schreiben sie (und man glaubt es ihnen), „ist einem deutschen Prinzen gestattet."

Die „Tägl. Rundschau", die doch ohne Zweifel gut preußisch und nicht weniger gut monarchisch gesinnt ist, sagt denn auch mit Recht: „Das Ansehen des königlichen Hauses muß hochgehalten werden, und deshalb war der Minister zu diesem Prozeß genötigt!" Mit diesem Ausruf ungefähr hatte der Vertreter des Hausministers sein Plädoyer in dem Prozeß gegen den jungen Prinzen Friedrich Leopold beendet, der jetzt von neuem den Geheimen Justizrat am Kammergericht beschäftigt hat. Es wird gerade unter den königstreuen Leuten sehr viele geben, die hinter diesen Satz ein großes Fragezeichen machen und umgekehrt rufen werden: „Das Ansehen des königlichen Hauses muß hochgehalten werden, und deshalb mußte dieser Prozeß auf alle Fälle vermieden werden!" Es ist das erstemal, daß ein Streit im Hause Hohenzollern unsre Gerichte beschäftigt. Mußte dies gerade in der jetzigen Zeit, gerade aus diesem Anlaß sein? Wenn die Schulden des jungen Künstlerprinzen wirklich so groß waren, wenn sein Kaufdrang wirklich ein so unbezähmbarer war, wenn seine künstlerischen Betätigungen wirklich alle bürgerliche Sparsamkeit vermissen ließen: wer hatte bisher darunter gelitten? Die Lieferanten schmunzelten, sie kannten die Millionen des prinzlichen Hauses und waren unbesorgt. Die Eltern, auf deren Kosten allein die Ausgaben gingen, billigten und freuten sich über die gastliche und künstlerische Stätte, die ihr Sohn sich und andern geschafft. Wer hatte daran das bekannte „öffentliche Aergernis" genommen? Das wirkliche Aergernis trat erst ein, als eines Tages im „Reichsanzeiger" amtlich zu lesen war, daß der wirtschaftliche Bannstrahl gegen einen Hohenzollernsproß geschleudert war. Mit Behagen bemächtigte sich die englische und französische Presse des „Burgstreits im preußischen Königshause", die neutrale Presse folgte, und der Spektakel war fertig. Wir haben es schon früher ausgesprochen und müssen es nochmals sagen, daß gerade diejenigen, die den König in unbegrenzter Weise respektieren, ein geradezu an Respektlosigkeit grenzendes Unverständnis für die öffentliche Austragung derartiger ministerieller Machtproben haben müssen. Dem Minister des Königlichen Hauses ist der Schutz der Mitglieder des Königshauses anvertraut. Er kann unmöglich Schutzpatron und Gegner, Verteidiger und Verfolger in einer Person sein. Es ist nicht unsre Sache, die „Hausgesetze" zu ergründen, aus denen dies Verfahren erwachsen ist, noch weniger das Urteil zu bemängeln, dessen Begründung noch nicht vorliegt. Aber mag das Urteil noch so günstig sein: es sind und bleiben keine guten Ratgeber, die diese Situation geschaffen und einen altangesehenen, in der Geschichte unsres Vaterlandes mit Ruhm bedeckten Zweig unsres Königshauses vor das Tribunal gezwängt haben."

Es wäre erfreulich, wenn die „Tägl. Rundschau" diese Logik zum Nutzen des gesamten Vaterlandes und die gleiche Art realpolitischer Würdigung der Dinge auch ausbrächte, wenn ein ebenso verkehrtes und schädliches Verfahren — nur in Form eines Scherbengerichtes statt nach ehrwürdigen Formen des Fürstenrechtes — gegen einen politischen Funktionär, wie Kühlmann, unternommen wird. Hat der Staatssekretär, weil es ein paar andersdenkende Parteimänner und ihr Anhang behaupten, etwa kostbares Nationalgut verschwendet? Und: sieht man nicht in der Auslandspresse, wie das Verfahren gegen Kühlmann ausgenützt wird? Nicht eine feindliche Zeitung hat auf den alldeutschen Apfel gebissen. Ein einziger Unisono-Gesang: „Die Deutschen gehen nicht ab von ihren Weltbeherrscherplänen. Sind imperialistischer gesinnt als je. Wollen Frieden nur, wenn sie im Westen wie im Osten ihr Beuteziel erlangt haben." Das alte Lied also. Wäre an der Verkehrung und Verketzerung dessen, was Kühlmann wirklich gesagt hat, eines Sterbenswörtchens Wahrheit — hier müßte das feindliche Echo zur Bestätigung derer es widerklingen, die nun schon den Adressensturm vorbereiten, als seien sie allein Patrioten, alle, die Kühlmann, wenn auch mit Einschränkung, zustimmen, als sei alles, was nicht auf die alldeutsche Fahne oder die der Vaterlandspartei schwöre, schlappes, entmutigtes Volk.

Diese Art, den Prozeß zu führen, ist mindestens genau so gesucht, wie die nun schon durch zwei Instanzen versuchte Entmündigung eines begabten, nachdenklichen Hohenzollernprinzen. Geht es nicht ohne so unwürdige, schädliche Schauspiele? Muß jeder Andersdenkende, jeder Begabte, dessen geistige Fassade gewissen Leuten unsympathisch ist, vor irgendwelche Sondergerichtshöfe? — — Man sehe das Zwischenspiel! Graf Westarp hat sich bereit, dem Reichskanzler zuzustimmen, der — — das „Mißverständnis" der Konservativen und Radika-